



Piraten-Demonstration am 25. Juli in Berlin: „Sie werden sich noch wünschen, wir wären politikverdrossen“

INTERNET

Aufstand der Netzbürger

Mit ihren Plänen, das Netz stärker zu regulieren, haben die großen Parteien einer neuen Bürgerbewegung Munition geliefert. Die Aktivisten werden für die Politiker zum Problem.

Matthias Güldner ist 38, Fraktionschef der Bremer Bündnis-Grünen, man kann nicht gerade behaupten, dass er bundesweit bislang besonders aufgefallen wäre. Bis vorige Woche.

Da mokierte er sich in der „Welt“ über die „unerträgliche Leichtigkeit des Internets“, rechnete mit seiner eigenen Partei ab, der es gar nicht liberal genug zugehen könne im Netz. Er wettete gegen die „Glorifizierung des Internets“ und schäumte: Einige seiner Parteifreunde hätten sich wohl „das Hirn herausgewittert“, so wenig sie sich dort um Grenzen von Recht und Anstand scheren wollten.

Stein des Anstoßes: Güldner ist für die Sperrung von Kinderporno-Websites, wie sie SPD und Union mit ihrer Bundestagsmehrheit im Juni in ein Gesetz gegossen haben. Damit geht er auf Kollisionskurs zur eigenen Parteilinie: „Wer Grün wählt, wählt ein freies Internet“, heißt es nämlich im aktuellen Wahlprogramm.

Wäre nicht in knapp zwei Monaten Bundestagswahl, wäre die Wortmeldung des Provinzpolitiklers wohl verpufft. So aber

kam vorige Woche die Reaktion prompt und heftig – als Rüttel aus Berlin. Noch am selben Tag polterte der Bundesvorstand der Grünen: Die „Einzelmeinung“ widerspreche „in einem nicht akzeptablen Ton“ dem Parteikurs. Der Bundesvorstand der Grünen Jugend nannte den Kommentar des Parteifreunds „diffamierend“ und „populistisch“ – die Retourkutsche lief, wie passend, über Twitter.

So viel Aufregung um Internetsperren und Anwendungen wie den Kurznachrichtendienst Twitter wäre bis vor kurzem noch undenkbar gewesen. Netzpolitik galt in Deutschland als Nebensache, als sprödes Technikthema, mit dem Politiker weder Karriere machen noch Wähler beeindrucken konnten.

Doch bei dieser Kampagne ist das anders. Erstmals spielt das Netz eine wichtige Rolle. Und das nicht nur als neuer Kommunikationskanal, über den die Kandidaten Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, ihre Parteien und immer mehr Abgeordnete bloggen, twittern oder videopodcasten, um den erfolgreichen In-

ternetwahlkampf von Barack Obama nachzuziehen.

Was in der digitalen Lebenswelt erlaubt, was noch erträglich sein soll und welche Fesseln die Freiheit braucht, das alles ist im anbrechenden Bundestagswahlkampf plötzlich selbst ein heftig umstrittenes Thema – und stellt die etablierten Parteien vor erhebliche Probleme.

Nicht nur die Grünen sind gespalten, auch die SPD ist zerstritten und verunsichert. Ein digitaler Graben geht quer durch die Parteienlandschaft: Auf der einen Seite diejenigen, die das Internet als Schlupfwinkel für Terroristen und Kinderschänder sehen und nach mehr Kontrolle rufen. Und auf der anderen Seite die, die das Netz als Teil ihrer persönlichen Freiheit schätzen, als den Ort, wo sie ganz selbstverständlich ihr Leben online organisieren, ihren Job, ihre Freundschaften, ihre Liebe. Ihren Protest.

Wer sich bei den Politik-Lobbyisten der deutschen „Blogosphäre“ umtut, also auf Seiten wie netzpolitik.org oder odem.org, kann keinen Zweifel mehr haben: Die Internetaktivisten sind auf die etablierten Parteien, zu denen viele von ihnen nun auch die Grünen zählen, nicht gut zu sprechen. „Sie werden sich noch wünschen, wir wären politikverdrossen“, heißt einer ihrer Slogans.

Und noch etwas ist neu: Die Parteistrategen in den Wahlkampfzentralen beginnen, die lange als „Nerds“ belächelten Netzbürger ernst zu nehmen. Nicht nur im Willy-Brandt-Haus der SPD, wo sie massiv



Computerspiel „Counterstrike“: Gemisch aus Unmut und Unverständnis

Facebook und Twitter für den Wahlkampf nutzen wollten, nun aber erschrocken feststellen, dass ihnen mindestens Häme, wenn nicht offene Ablehnung und blanker Hass aus dem Netz entgegenschlagen.

Dabei war es die Große Koalition selbst, die als Geburtshelfer die neue Protestbewegung der deutschen „Netizens“ erst auf die Beine brachte – mit ihrem Eifer, die Web-Welt stärker zu regulieren und zu überwachen. Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung, biometrische Ausweise, allesamt Angriffe auf die Liberté toujours der Netzbewohner.

Dann aber flog der Funke, der das Gemisch aus Unmut und Unverständnis explodieren ließ: Familienministerin Ursula von der Leyen wollte den Zugang zu Internetseiten erschweren, die Kinderporno-Bilder zeigen. In der Netzwelt gilt das Von-der-Leyen-Gesetz als technisch völlig ungeeignet, Kinderpornografie wirksam einzudämmen. Viele Aktivisten sehen in ihm eher den ersten Schritt zu einer viel weitergehenden Internetzensur.

Seither scheint der Kommunikationsfaden zwischen den großen Parteien und den Netzbürgern gerissen. Der einst zersplitterte Netzprotest organisiert sich. Die erst 2006 gegründete Piratenpartei hat einen Zulauf wie nie zuvor. Und die anschwelende Bewegung sucht sich neue Wege in die Öffentlichkeit. Sie hat vor allem die Online-Petitionen für sich entdeckt: Mehr als 134 000 Unterschriften stehen allein unter der Petition gegen von der Leyens Internetsperren.

Es ist eine außerparlamentarische Opposition, die sich da gerade formiert. Für Hendrik Speck, Professor für Digitale Medien in Kaiserslautern, kommt das nicht überraschend. „Die zentralen Fragen der Wissensgesellschaft werden derzeit neu verhandelt, aber sie werden von Offline-Politikern verhandelt, die sich ihre E-Mails ausdrucken lassen“, so Speck. „Diejenigen, die mit dem Internet täglich arbeiten, die mit dem Netz aufgewachsen sind, haben in Deutschland keine Lobby.“

Tatsächlich geht es auch um einen Generationenkonflikt. Speck, selbst erst 36 Jahre alt, sitzt im Café St. Oberholz im Berliner Stadtteil Mitte. Um zu erklären, was er meint, muss er nur einmal zu den anderen Tischen hinüberblicken. Sie sind eng besetzt, mit Menschen zwischen 20 und Ende 30 vor Apple-Rechnern; man diskutiert, liest Zeitung, schreibt Businesspläne – alles online. Das freie Funknetz ist ihr Lebensraum, immer auf Sendung, stets global vernetzt. Nur zu den Parteien im nahen Berlin-Mitte ist die Verbindung schwer gestört.

Für die ist das nun ein strategisches Problem. Die Netizens sind überwiegend jung, überdurchschnittlich gebildet, viele sind über Blogs und Dienste wie Twitter eifrige Multiplikatoren. Manche Star-Blogger sind in ihrem Medium sogar meinungsbildend. Und das Potential ist riesengroß: Es gibt mittlerweile mehr als 40 Millionen Netznutzer in Deutschland, 21 Millionen spielen am Computer. Geht den großen Parteien gerade eine ganze Generation verloren?

Die Alternative ist schon da, sie trägt den etwas albernen Namen Piratenpartei. Die schillernde Truppe tritt für ein freies und unreguliertes Internet ein, sie brachte es bei den Europawahlen im Juni bundesweit auf 0,9 Prozent der Stimmen. Bei der Bundestagswahl tritt sie in 15 Bundesländern an. Insbesondere die Bündnis-Grünen beobachten das mit Argusaugen – denn da wildert jemand in ihrem Terrain.

Auch deshalb konterten die Berliner Grünen-Granden die Internetkritik aus der Bremer Sektion so scharf, zumal man sich fatal an die eigene Gründungsgeschichte erinnert fühlt. Auch vor drei Jahrzehnten gab es mit der Anti-Atomkraft- und der Umweltbewegung zunehmend starke Gruppen, die sich durch die etablierten Parteien nicht mehr vertreten sahen.

Ähnlich alarmiert sind die ohnehin angeschlagenen Sozialdemokraten, zumindest die Nachwuchs-Sozis. Während Parteichef Müntefering in diesen Tagen damit kokettiert, immer noch auf seiner Reiseschreibmaschine zu tippen, haben Thorsten Schäfer-Gümbel und Björn Böhning die Zustimmung ihrer Partei zur Internetsperre als Fehler gebrandmarkt. Erst recht, weil die Jungen wissen: Technisch taugt die Sperre nicht viel, sie lässt sich leicht umgehen.

Die Kritik von Böhning und Schäfer-Gümbel ist ein eher hilfloser Versuch, die verbreitete Anti-SPD-Stimmung im Netz wieder zu wenden. Sogar der vor Jahren eigens bestellte und mit prominenten Bloggern wie Sascha Lobo besetzte Internetbeirat distanzierte sich großteils wieder von der Partei. Neun Mitglieder, darunter Lobo, legten aus Protest ihre Arbeit nieder. „Die SPD ist dabei, sich für die digitale Generation unwählbar zu machen“, heißt es in ihrer Stellungnahme. „Das wird sich bereits bei der Bundestagswahl niederschlagen, weil mit der Entscheidung für die Netzsperrungen jeder Internetwahlkampf ad absurdum geführt wird“ – ein PR-GAU im Wahlkampfjahr.

Die Union hat es leichter – für sie gibt es in der Zielgruppe der Netzaktivisten wohl ohnehin nicht viel zu holen: Ihre Minister Wolfgang Schäuble und Ursula von der Leyen stehen für die Online-Durchsuchung und das Sperrgesetz, ihre Konterfeis kursieren als Schablonen mit Unterzeilen wie „Stasi 2.0“ und „Zensursula“ auf Tausenden deutschen Internetseiten.

Sogar die nach Selbsteinschätzung freiheitlichste Partei, die FDP, darf sich wohl keine allzu großen Hoffnungen machen. Der harte Kern der Netzgemeinde nimmt den FDPlern übel, dass der Große Lauschangriff 1998 unter ihrer Regierungsbeteiligung beschlossen wurde.

Wie schmerzlich der Verlust der Netzaktivisten für die Parteien sein muss, zeigen Geschichten wie die von Franziska Heine, die fast über Nacht zu so etwas wie einer Galionsfigur der neuen Netzbewegung ge-

worden ist. Sie steht hinter der Petition gegen die Kinderporno-Sperre. Innerhalb weniger Tage wurden 50 000 Unterschriften erreicht – per Internet. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik war eine Petition so schnell so erfolgreich.

Heine ist eine Prominente wider Willen, eine nachdenkliche junge Frau Ende 20, die sich dezent kleidet, als Webdesignerin arbeitet und damit nicht zur digitalen Anarchistszene zu zählen ist. Durch Zufall erfuhr Heine von einer Demonstration des Chaos Computer Clubs. Sie schaute fünf Minuten vorbei, auf dem Weg zur Arbeit. Und entschied sich, den Weg durch die Institutionen anzutreten. Online natürlich. Sie entwarf einen kurzen Text, bearbeitete ihn im Chat mit zwei Freundinnen und reichte ihn per Mausklick auf der Petitionsseite des Bundestags ein.

„Ich habe ja nur formuliert, was ohnehin alle meine Freunde denken“, sagt sie: „dass man gegen das Internet und die Internetsurfer keine Politik machen kann.“

Manch etablierten Parteienvertretern erscheinen Petenten wie Heine denn auch schon gefährlicher als die Piraten. Während die sich noch die klassische Organisationsform einer Partei gaben, samt Mitgliedsanträgen und Bundesparteitag, sind Massenmobilisierungen wie die von Heine viel dynamischer, haben mehr Wucht – und wirken aus dem Netz, für das Netz.

Die Szene jedenfalls scheint Gefallen an der Protestmethode zu finden: Zu Heines Erfolg kam eine Petition gegen die geplanten biometrischen Fotos von Kindern in Reisepässen, dann eine gegen die hohen Musikgebühren der Gema mit über 106 000 Unterzeichnern. Der Antragsteller gegen das von der Innenministerkonferenz geforderte Verbot von sogenannten Killerspielen hat die Marke von 50 000 Unterschriften schon genommen und damit ein Ziel erreicht: Er muss vom Petitionsausschuss des Bundestags gehört werden und kann die Argumente der Spieler vortragen, immerhin.

Das aber ist nun eine Ironie der jüngeren Mediengeschichte. Denn es war die rot-grüne Koalition, die 2005 die Internetpetition einführt, auch mit dem Ziel, Nachwuchswähler anzusprechen.

Für den hannoverschen Politologen Michael Vester ist schon klar: Da meldet sich gerade „eine neue Generation zu Wort, die bislang als apolitisch galt“. Ihre Vertreter seien in der Regel keine Anhänger von Utopien, sondern pragmatisch und nüchtern. „Das ist kein Strohfeuer. Die Petitionen sind nur der Auftakt.“

Das sieht auch Markus Beckedahl so. Seine Seite netzpolitik.org ist ein Zentralorgan der neuen Bürgerbewegung, sie ist professionell aufgemacht und derzeit der meistverlinkte Blog Deutschlands. In der analogen Welt würde man Beckedahl als Mittelding zwischen Journalist und Lobbyist beschreiben. Er ist einer derjenigen,

die der digitalen Gesellschaft gerade bei der Selbstfindung helfen. Die ihr erklären, dass sie Interessen hat, dass sie etwas dafür tun muss – mehr zumindest, als in Netzwerken über ignorante Politiker als „Internet-ausdrucker“ zu lästern.

„Entweder man spielt das Spiel mit, oder man überlässt es anderen“, sagt der Netzaktivist. Beckedahl ist dabei kein Vertreter der radikalen Internetfraktion. Von den Positionen des Chaos Computer Clubs, der möglichst eine totale staatliche Abstinenz in Digitalien fordert, ist er weit entfernt. Der 32-Jährige wollte Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Netzpolitik studieren, bis er merkte, dass es so einen Studiengang in Deutschland gar nicht gab. Jetzt macht er sie eben selbst.

Was müssten die Parteien also ändern, um Beckedahls Leser zu gewinnen?

„Wir brauchen mehr Internetkompetenz bei Politikern, Parteien und in der Regierung“, sagt Beckedahl. Er wünscht sich „ein eigenes Internetministerium“, damit



Online-Petentin Heine
Petitionen sind nur der Auftakt

das Thema „endlich kompetent am Kabinettsstisch vertreten ist“.

Tatsächlich hat Bill Clinton das Thema bereits vor mehr als einem Jahrzehnt zur Chefsache erklärt, auch Barack Obama ist äußerst netzaffin. Deutsche Spitzenpolitiker haben einiges aufzuholen. In seinem Kompetenzteam, das Frank-Walter Steinmeier am Donnerstag vorstellte, benannte er Hubertus Heil als Experten für Neue Medien. Der steht in der Internetgemeinde nicht gerade unter Kompetenzverdacht. Er war kaum benannt, da begrüßten ihn die ersten Blogs hämisch als „reine Verlegenheitslösung“.

MARCEL ROSENBACK,
HILMAR SCHMUNDT

BUNDESWEHR

Mängel an der Heckflosse

Nach den Pannen beim Militärbus wächst in der Bundeswehr der Ärger über den Rüstungskonzern EADS. Seine Waffensysteme sind technisch häufig nicht ausgereift.

Angela Merkel gab sich resolut. Deutsche Rüstungsmanager sprachen gern von „Patriotismus“, erregte sich die Regierungschefin, als sich Verteidigungsminister Franz Josef Jung und hohe Militärs bei ihr über die verspätete Lieferung von Kampffjets, Hubschraubern und anderem Wehrmaterial beschwerten. „Da kann es doch nicht sein, dass die Bundeswehr jahrelang auf ihr Gerät warten muss.“ Und sie gab ihrem Jung gleich vor, was fortan zu tun sei: „Die Industrie“, so Merkel, „braucht mal mehr Druck.“

Nur hält sich Angela Merkel offenbar nicht an die eigenen Vorgaben.

Ein gutes Jahr nach dem Treffen im Kanzleramt genügte ein Telefonat und eine Begegnung mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy – und Merkel knickte ein. Es ging um den Militärtransporter Airbus A400M der Airbus-Muttergesellschaft EADS, eines deutsch-französischen Rüstungsriesen, der in Europa bei Luft- und Raumfahrt eine Quasi-Monopolstellung genießt. Der Konzern hatte mit seinem Flieger so viele Pannen und Verzögerungen produziert, dass Europas Verteidigungsminister im März entnervt damit drohten, den Vertrag über 180 Exemplare zum Stückpreis von rund 110 Millionen Euro zu kündigen.

Doch Angela Merkel fiel den eigenen Leuten in den Rücken. Im Verein mit Sarkozy schob sie im Juni die Kündigungsdrohung auf, noch ehe der Konzern die von Jung und dessen Kollegen verlangte „Transparenz“ über technische Probleme, Kosten und die Neuordnung des überforderten Managements hergestellt hatte.

So blieb den Ressortchefs kaum eine andere Wahl, als die Frist für Verhandlungen bis Jahresende zu verlängern. Kein Kündiger in Berlin oder Paris glaubt noch, dass die Nationen den Vertrag danach kündigen und EADS zwingen werden, rund sechs Milliarden Euro zurückzuzahlen.

Der monopolistische Riese hat die Kunden nun fest in der Hand. „Wir brauchen ein Transportflugzeug“, sagte die von Sarkozy bedrängte Kanzlerin in Paris. Die Transall-Transporter, die der Militärbus ersetzen soll, sind um die 40 Jahre alt und klapprig. 60 der neuen Flieger hat die Bundeswehr bestellt, für gut acht Milliarden Euro, inklusive Zubehör.